

Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 49. Plenarsitzung am 29. Oktober 2009 - Debatte zur Lehrerbildung

Präsident Hermann Dinkla:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf: Einzige (abschließende) Beratung:

- a) Endlich konsequent den Lehrernachwuchs sichern - Landesregierung muss Sofortprogramm auflegen! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/273 –
 - b) Mehr Lehrerinnen und Lehrer für Niedersachsen - Zugänge zur Lehramtsausbildung ausbauen und zukunftsfähig halten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/418 –
 - c) Qualifizierten Lehrernachwuchs sichern - Zugangshürden abbauen und Attraktivität des Berufsfelds steigern - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/700 –
 - d) Lehrerbildung - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1400 –
 - e) Gute Schulen brauchen gute Lehrerinnen und Lehrer - die Lehramtsausbildung weiterentwickeln - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1634 –
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/1748 –
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1788.

Die Beschlussempfehlung lautet zu d) auf unveränderte Annahme und zu a) bis c) sowie e) auf Ablehnung. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 16/1788 hat eine Annahme des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/418 in einer geänderten Fassung zum Ziel.
Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

...

Ich erteile dem Kollegen Wulf von der SPD-Fraktion das Wort.

Wolfgang Wulf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, Herr Nacke, für die Vorlage. Wir sind uns sicherlich darin einig, dass die Lehrerinnen- und Lehrerbildung ein Bereich ist, in dem Veränderungen immer wieder notwendig sind. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entwickeln sich stetig weiter, die Familien- und Erziehungsstrukturen verändern sich, die Lebensumwelt der Schülerinnen und Schüler ist - gerade vor dem Hintergrund des Stellenwertes der Medien – einem stetigen Wandel ausgesetzt. Das alles macht einen veränderten Unterricht notwendig, insbesondere auch mit Blick auf die immer heterogener werdende Schülerinnen- und Schülerschaft.

Man muss darauf mit neuen Konzepten, differenzierten Vermittlungsformen und auch herausragender Diagnosefähigkeit reagieren. Ich meine, das ist für Lehrerinnen und Lehrer heute ganz entscheidend. Unser Schulsystem braucht Lehrkräfte, die einerseits fachwissenschaftlich auf hohem Niveau arbeiten, auf der anderen Seite aber auch in der Lage sind - das haben Sie richtig beschrieben -, nach modernen Erkenntnissen pädagogisch erfolgreich mit den Schülerinnen und Schülern zu arbeiten. Deswegen sind eine qualitativ orientierte Professionalisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung sowie eine stärkere Ausrichtung auf die reale Berufspraxis notwendig.

Wenn man diese Erkenntnisse gewonnen hat, dann sollte man eigentlich erwarten können, dass alle diesen Erkenntnissen zustimmen und entsprechende Beschlüsse fassen. Dem ist aber leider nicht so. Das hat der Beitrag von Herrn Nacke gerade deutlich gemacht. Ich kann Ihnen das auch nachweisen.

Im Jahr 2002 haben wir von der Sozialdemokratischen Partei - noch in der Regierungsverantwortung - den Reformprozess im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung eingeleitet.

Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstrukturen im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung hat in unserer Regierungszeit begonnen. Die CDU hat das dann fortgesetzt. Aber anders als im Text Ihres Antrages formuliert, ist diese Strukturreform keinesfalls in erfolgreicher Art und Weise durchgeführt worden, meine Damen und Herren. Denn die Studierenden berichten, dass die neuen Studiengänge stofflich viel zu sehr überfrachtet sind, dass mit Blick auf die Anwesenheitspflicht eine restriktive Praxis festzustellen ist, dass die Prüfungsdichte infolge der Verschulung des Studiums viel zu hoch geworden ist. Mehr als 40 Prüfungen in sechs Semestern bedeuten Dauerstress für alle Beteiligten. Zum Teil ist ein Studienortwechsel selbst innerhalb von Niedersachsen nur schwer möglich. Und die Berufspraktika, die auch Sie eingefordert haben, werden nicht in hinreichendem Maße durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig und richtig, die flächendeckende Einführung der Bachelor- und Masterstrukturen in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Eine Überfrachtung des Studiums durch zu große Prüfungsbelastungen und zu kleine Module muss vermieden werden. Ein Studienortwechsel ermöglicht werden.

Die strukturellen Veränderungen sind also zwar unter Ihrer Regierung durchgeführt worden, allerdings mit Mängeln. Im Gegensatz zu Ihren Behauptungen ist dabei der inhaltliche Aspekt viel zu kurz gekommen. Bei der Umstellung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung auf Bachelor- und Masterstrukturen muss man natürlich auch inhaltliche Aspekte berücksichtigen. So stellt sich z. B. die Frage, wie die Berufsorientierung und wie Pädagogik und Psychologie - die Grundwissenschaften, die für diesen Beruf notwendig sind - stärker gewichtet werden können. In diesem Bereich besteht nach wie vor Nachholbedarf, meine

Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Aspekt kommt hinzu: Auch der Bereich der Forschung in diesem Sektor ist in Niedersachsen sträflich vernachlässigt worden. Ein Mangel besteht dabei vor allem bei den Themen Bildung und Unterrichtsgestaltung. Hier müssen wir nacharbeiten.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist falsch, aber das macht nichts!)

Im Rahmen der Reform, die wir weiter fortführen müssen, muss sichergestellt werden, dass auch die in der Bachelorphase beginnenden berufsorientierenden Elemente und die Schultüchtigkeit hinsichtlich Vor- und Nachbereitung personell abgesichert sind. Das ist an den Hochschulen vielfach nicht der Fall. Dafür müssen wir die Universitäten finanziell absichern. Hier ist und bleibt ein Nachholbedarf, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Einige Punkte sind einfach notwendig, die wir gemeinsam angehen müssen. Das ist von den Hochschulen in der Anhörung auch deutlich gesagt worden. Wir müssen eine ständige Evaluation der Ausbildung in allen Phasen sicherstellen. Wir müssen auch darüber nachdenken, die Schulformorientierung, wie sie in Niedersachsen leider besteht, in eine schulstufenorientierte Ausbildung umzuwandeln.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung nicht auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden sollte, so wie das mittlerweile in einer Reihe anderer Länder, z. B. auch im CDU/FDP-regierten Nordrhein-Westfalen, der Fall ist.

Wir müssen auch Antworten auf die Frage finden, wie wir mit dem Übergang vom Bachelor zum Master umgehen. Die Notenpraxis ist in Niedersachsen bei der Lehrerausbildung durch die Bildung von sogenannten Korridoren bereits aufgebrochen worden. Schließlich müssen wir auch die Frage beantworten, meine Damen und Herren, wie wir die notwendige Selbstreflexion der Studierenden hinsichtlich ihrer individuellen Eignung zum Lehrerberuf ohne restriktive Notenpraxis organisieren können. Das ist noch ein Problem.

In Ihrem Antrag haben Sie einige durchaus sinnvolle Punkte aufgegriffen, die Sie größtenteils von uns übernommen haben. Zum Beispiel die Einführung eines Masterabschlusses nach einem insgesamt fünfjährigen Studium halte ich für richtig. Das ist in Ordnung. Damit wird in der Tat eine Gleichbehandlung aller Schulformen in der Masterphase hergestellt. Auch Ihre Forderung, die Lehramtslaufbahn für Ein-Fach-Lehrkräfte zu eröffnen, ist zu begrüßen. Ich möchte aber daran erinnern, meine Damen und Herren, dass die SPD-Fraktion genau diese Öffnung in der letzten Legislaturperiode mehrfach in Anträgen gefordert hat. Sie von der CDU-Fraktion haben das seinerzeit immer vehement abgelehnt.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Wir wären jetzt schon weiter, wenn wir es hätten!)

- Wir wären in der Tat schon weiter, wenn das damals schon ermöglicht worden wäre.

Die Zusammenarbeit zwischen den lehrerausbildenden Hochschulen und den Studienseminaren muss im Sinne einer engeren Verzahnung ausgebaut werden. Dabei, Herr Nacke, kommen wir in der Tat zu dem Aspekt, den Sie ganz kurz angedeutet haben, nämlich zu der Frage, was eigentlich mit den Anträgen zu dem Thema Studienseminare passiert ist.

Da behauptet die CDU-Fraktion in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses, der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP sei insbesondere vor dem Hintergrund der zum Problembereich der Studienseminare durchgeführten Anhörung in den beiden Ausschüssen - Kultus und Wissenschaft - formuliert worden. Ich stelle allerdings fest: Mit den Ergebnissen dieser Anhörung hat das, was Sie jetzt mit Ihrem Antrag vorgelegt haben, nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Die Ergebnisse der Anhörung wurden von Ihnen von CDU und FDP schlichtweg ignoriert. Sie behaupten es anders; das ist aber durch nichts gerechtfertigt. Ihre Aussagen sind nach wie vor das, was sie immer sind: heiße Luft!

(Beifall bei der SPD)

In Ihrem Antrag kommen drei zentrale Aspekte nämlich nicht vor - ich weise Ihnen das nach -, die in den Anträgen der Fraktionen der SPD, der LINKEN und der Grünen sowie in der Anhörung eine herausragende Rolle gespielt haben.

Erstens geht es um die Frage der personellen Aufstockung der Ausbildungsplätze in den Studienseminaren. Das ist auch und gerade in der Anhörung gefordert worden. Die Grünen haben eine Aufstockung auf 500 gefordert, wir auf 2 000. Sie gehen in Ihrem Antrag, den Sie jetzt vorgelegt haben, überhaupt nicht auf diese Probleme ein. Damit enttäuschen Sie die Erwartungen der Betroffenen.

Die Studierenden stehen vor den Seminaren, möchten hinein, können es aber nicht. Ich zitiere aus der Ausgabe des Weser-Kuriers von gestern. Die Ministerin war auf einer Veranstaltung des Schulleiterverbandes, in der gesagt worden ist, nach dem ersten Staatsexamen bekommen nur Absolventen mit einer Note von mindestens 1,5 in Mathematik einen Referendariatsplatz am Gymnasium, weil es im Studienseminar nicht genügend Plätze gibt. Das ist unglaublich, wurde gesagt. Dem kann ich mich nur anschließen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Haben Sie auch registriert, wie viele Plätze neu geschaffen wurden?)

Eine zweite Forderung betrifft die Ausweitung der Zahl der Studienseminare insbesondere in der Fläche. Auch dazu finden wir bei Ihnen kein Wort.

Ein dritter Punkt ist in der Anhörung ganz zentral gewesen und von nahezu allen Beteiligten thematisiert worden, nämlich die schlechten Arbeitsbedingungen der Fachseminarleiter im gehobenen Dienst. Die sind nämlich gegenüber denjenigen, die im höheren Dienst beschäftigt sind, massiv benachteiligt. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, warum wir kaum noch Menschen finden, die diese verantwortungsvolle Tätigkeit übernehmen wollen. Da muss man nachbessern; das ist gefordert worden.

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Doch davon liest man bei Ihnen gar nichts. In den Studienseminaren wurde darauf gewartet, dass der Landtag eine Initiative ergreift, um diesem Handlungsbedarf gerecht zu werden. Wir hatten gehofft, das würde passieren. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Sie haben gesagt, das sei eine Sache des Kultusausschusses. Dann haben wir erwartet, dass die entsprechenden Anträge von Ihnen kommen, wenn der Antrag mitberatend im Kultusausschuss behandelt wird. Was war damit? - Gar nichts, Pustekuchen! Nichts wurde gemacht! Dem Antrag der CDU aus dem Wissenschaftsausschuss wurde einfach nur zugestimmt. Damit war es wieder nichts für die Studienseminare. So gehen die CDU und die FDP mit diesen Leuten um!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Ich finde, das ist Drücken vor der Verantwortung.

Meine Damen und Herren von der CDU, Herr Nacke, Sie haben gesagt, Sie wollten diesen Antrag als Basislager haben. So haben Sie es in der öffentlichen Anhörung ausgedrückt.

(Glocke des Präsidenten)

Das wird ganz schön schwer für Sie, weil es da noch ein kleines gallisches Dorf gibt, nämlich diejenigen, die Widerstand gegen Ihre Politik leisten.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber ein sehr kleines gallisches Dorf!)

Dort siedeln wir den SPD-Antrag an. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen aus der Opposition werden wir dafür sorgen, dass es eine andere, eine bessere, eine qualitätsorientierte Lehrerinnen- und Lehrerausbildung in Niedersachsen gibt. Wir lassen nicht locker!

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das kleine gallische Dorf klatscht gerade! - Zuruf von Jens Nacke [CDU])